

Freiberger Anzeiger

und
Tageblatt.

Amtsblatt des Kgl. Bezirksgerichts zu Freiberg, sowie der Kgl. Gerichtsämter u. der Stadtrathe zu Freiberg, Sanda u. Brand.

N^o 139.

Erscheint jeden Wochentag früh 9 U.
Inserate werden bis Nachm. 3 Uhr
für die nächste Nr. angenommen.

Dienstag, den 20. Juni.

Preis vierteljährl. 20 Ngr. In franko
werden die gehaltenen Seiten oder deren
Raum mit 5 Pf. berechnet.

1865.

Freiberg, 19. Juni 1865.

Es ist Herr v. Bismarck doch nicht gelungen, in der schleswig-holsteinischen Frage einen Ausspruch des preussischen Abgeordnetenhauses zu erlangen, wie sehr er auch darnach angestrebt. Nachdem die Expedition nach Schleswig-Holstein noch keine Stimmung für das gegenwärtige System hergestellt hatte und zwar — wie der Minister glaubte — aus Widerwillen gegen seine Person, so mußte ein anderes Project hervorgehoben werden, und plötzlich schwärmte er mit seinen Collegen — die wahrhaftig niemals eine Idee für die Marine, geschweige eine Sympathie für sie gehabt — für Herstellung der deutschen Flotte. Aber als der Tag kam, an dem das Abgeordnetenhaus diese Maßnahme knacken sollte, knackte es freilich drauf los und verwarf die geforderte Anleihe, um die merkwürdigen Flottenschwärmer des Berliner Junkerthums im Sande sitzen zu lassen. Zum dritten Male warf man das Netz aus mit der Kriegskostenfrage, und wie freundlich auch Herr v. Bismarck das Haus anwies, wenigstens sich über die politische Seite der schleswig-holsteinischen Frage auszusprechen, es gelang nicht, das Haus blieb schweigsam und begnügte sich ebenfalls nur mit Ablehnung der Regierungsforderung.

Man kann verschiedener Ansicht sein, ob das Haus mit seiner negativen Haltung Recht gethan hat. Wir geben zu, daß Deutschland und vor Allem Schleswig-Holstein ein positives Urtheil von dieser Versammlung lieber gesehen haben würde, als seinen bloß ablehnenden Beschluß. Die Schwierigkeiten mögen doch aber zu groß gewesen sein, eine andere Taktik einzuschlagen. Wir wollen dies nicht weiter erörtern; es lassen sich so viele Gründe für als wider die Sache anführen. Doch einen Punkt können wir nicht unbeleuchtet lassen.

Herr v. Bismarck brach abermals den Stab über die Mittelstaaten und bezeichnete eine „bequeme und jeder Leistung abgeneigte Thätigkeit als Erbtheil derselben, welche Staaten, auf der Basis der Phäaken stehend, eben nur essen und trinken und von Fremden geschützt sein wollten.“ Einem solch' großen Vorwurfe muß man doch etwas näher ins Gesicht sehen.

Es ist eine bekannte Thatsache, daß Neid und Mißgunst nicht an der Thür des Bettlers sitzen; wer aber sich in Glück und Wohlstand befindet, dem fehlt's an Neidern nicht. Durch das geistliche Zusammenwirken von Regierungen und Landesvertretungen ist das Glück der deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu einer Zeit schon aufgebaut worden, wo in Preußen an Constitution noch gar nicht zu denken war. Wir Bewohner der Mittelstaaten und speciell gerade wir Sachsen, die wir so oft mit unseren Einrichtungen den preussischen Junkern ein Dorn im Auge sind, erfreuen uns deshalb auch eines erhöhten Wohlstandes, geringer Steuern und guter Finanzen. Das sind drei Dinge, die nirgends wo vorzuziehen, wohl aber aller Orten angestrebt werden, und um die man uns beneidet, weil sie in Preußen nicht im gleichen Maße vorhanden sind. Dabei blüht der Credit unseres Staates, so wie der Credit seiner Bürger. Wir befinden uns um so wohler dabei in dem Bewußtsein, bei aller Sorge für unser materielles Wohlstand die höheren Staats- und Culturzwecke vernachlässigt oder die Pflichten gegen das große Gesamtnationalvermögen verabsäumt zu haben. Gerade den materiellen Wohlstand des Staates und seiner Bürger halten wir für das erste und unerläßlichste Element seiner Macht und Stärke, weil er die Mittel bietet zur Förderung und Wahrung aller patriotischen Zwecke und geistigen, moralischen und politischen Interessen. Der Vorwurf Bismarck's lehrt sich deshalb in sein Gegentheil um, er ist für uns keine Schande, er gereicht

uns zur Ehre, obgleich der Minister das nicht beabsichtigt hat. Wie müßten dieser echt kreuzeitterlichen Annahme nichts Besseres gegenüber zu stellen, als die Worte unseres erhabenen Monarchen, Sr. Majestät des Königs Johann, als er am 7. v. M. in Wilna die Zustände unserer engeren Heimath in Folgendem berührte: „Durch das väterliche Walten Königs Friedrich August, durch die weisen, jeden echten Fortschritt fördernden Regierungen seiner beiden Nachfolger, Anton und Friedrich August II., wurden nicht nur die Wunden des Landes geheilt, es erhob sich auch Sachsen zu einem bis dahin nicht gekannten Grade des Wohlstandes. Der Name Sachsen blieb geehrt in allen deutschen Gauen und unverändert dauert das heilige Band der Liebe zwischen Volk und Königshaus und hat sich noch in den letzten Tagen, als Gott uns eine neue Gnade erwies, auf's Schönste bewährt.“ Welcher Sachse könnte diesem königlichen Worte nicht mit voller Seele beistimmen?

Dem zweiten Bismarck'schen Vorwurfe: „wir wollten von unsern Freunden geschützt sein“, setzen wir das wiederholte von uns ausgesprochene Wort entgegen: „Gott bewahre uns vor unsern Freunden, gegen unsere Feinde werden wir uns selbst schon schützen!“ Wir glauben, daß unter unseren Lesern keiner ist, der hierin nicht auf das Vollständigste mit uns übereinstimmt.

Rehren wir nach dieser kurzen Abwehr zu den Verhältnissen in den Erbherzogthümern selbst zurück. — Von einem Termine für die Nachwahlen der Stände von 1854 ist noch keine Rede; wer weiß, was die Diplomatie für neue Schachzüge vorbereitet, um auch ohne Stände an das erwünschte Ziel zu kommen. Nach einem Wiener Bericht des „Nürnb. Corresp.“ überreichte am 11. v. M. der preussische Gesandte dem Grafen Mensdorff eine Depesche des Frn. v. Bismarck, welche die bekannten oldenburgischen Verwahrungen und Forderungen warm befürwortet und hervorhebt, es sei eine natürliche Consequenz der Nothwendigkeit, vollkommene Rechtsgleichheit zwischen den beiden Prätenbenten herzustellen, daß der Erbprinz von Augustenburg die Herzogthümer verlasse. Zudem sei die notorisch von demselben mitgetheilte Nebenregierung eine Abnormität. Graf Mensdorff soll geäußert haben: wenn eine solche Nebenregierung wirklich bestehe, so gereiche sie den Commissaren v. Zebly und v. Galshuber in den Herzogthümern zum Vorwurf, denn dergleichen hätte ihrer Wachsamkeit nicht entgehen dürfen. Weber Fr. v. Bismarck noch der Oldenburger werden sich mit dieser Erklärung beruhigen, sondern ihre Intriguen weiter spinnen, was unsere persönliche Ansicht betrifft, so erinnern wir, daß damals, als unsere Sachsen und die Hannoveraner Holstein räumen mußten, wir bereits erklärten: auch Herzog Friedrich werde das Land räumen müssen. Wir sind noch heute derselben Ansicht, denn Oesterreich's Nachgiebigkeit ermöglicht Frn. v. Bismarck jedenfalls auch das Durchsetzen dieses Planes. Die Entfernung des Herzogs betrachten wir nur noch als eine Frage der Zeit. Wir würden uns freuen, könnten wir uns hierin eines Irrthums beschuldigen.

In Preußen begannen wenige Tage vor dem Schlusse des Landtages die Sitzungen des Herrenhauses ein Interesse zu erregen. Es handelte sich um das Budget, wie es aus dem Abgeordnetenhause hervorgegangen und vom Herrenhause im Einverständnisse mit der Regierung verworfen wurde. Daß dabei wiederum den Zeitungen und vor allen Dingen den „jüdischen Literaten“ die Schuld in die Schuhe geschoben wird, ist ein altbekanntes Manöuvre dieser Herren. Da das Herrenhaus das Budget des Abgeordnetenhauses verworfen hat, so muß nun das Ministerium budgetlos weiter wirtschaften. — Am vergangenen Sonnabend Nachmittag 3 Uhr wurde